
Martin Schlemmer

„Heraus aus dem Turm“ oder „auf das härteste bedroht“?

Die Rheinische Zentrumspartei in der Weimarer Republik

Im Jubiläumsjahr von „Weimarer Republik“ und Versailler Friedensvertrag wurden 2019 wohlbekannte Fragen neu gestellt: Woran scheiterte die Deutsche Republik? Welches Gewicht kam dabei den Friedensverträgen und ihren Folgen zu? Welche Auswirkungen hatten die unterschiedlichen Besatzungsregimes im Westen Deutschlands auf den weiteren Werdegang?¹ Beschäftigt man sich mit dem Ende der ersten deutschen Demokratie, ist eine Betrachtung der republiktragenden politischen Parteien – im engeren Sinne also von SPD, Zentrum und DDP – unumgänglich. Wie konnten die zunächst das Feld dominierenden politischen Kräfte so schnell derart in die Defensive geraten, dass die Republik bereits nach vierzehn Jahren ihrem Ende entgegenging?

In diesem Zusammenhang wurde die regionale Ebene bislang noch recht wenig ausgeleuchtet. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht die Rheinische Zentrumspartei. Zunächst wird die Ausgangssituation betrachtet, also die Bedingungen, die sich allen politischen Parteien und somit auch der Deutschen Zentrumspartei nach Kriegsende und in der Folge während des Bestehens der Weimarer Republik darboten. Anhand von drei Beispielen wird anschließend die

1 Im Rheinland etwa die Tagung „Besatzungsherrschaft und Alltag im Rheinland – Die belgische, britische und amerikanische Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg“ von Landschaftsverband Rheinland und Universität Duisburg-Essen am 27.6.2019 in Köln oder das Seminar „Der Versailler Vertrag als europäischer Erinnerungsort“ der Hauptabteilung Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. vom 25.–31.3.2019 in Aachen und Düsseldorf.

sich mit fortwährender Dauer der Weimarer Republik verschärfende schwierige Situation der Partei zwischen der politischen Rechten und der politischen Linken in den Blick genommen. Sodann wird die Endphase der Weimarer Republik beleuchtet, um die gewonnenen Erkenntnisse schließlich in einem Resümee zusammenzufassen.

1. Die Ausgangssituation 1918

Große Teile der Hierarchie der katholischen Kirche im Deutschen Reich verurteilten sowohl die revolutionären Umwälzungen als auch die neue Regierung des Rates der Volksbeauftragten in Berlin energisch und bedachten die neuen politischen Verhältnisse mit entschiedener Ablehnung. Die Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 wurde interpretiert als „Kampf für und gegen das Christentum, für und gegen die Freiheit der Kirche“;² wie es in kirchlichen Verlautbarungen und Hirtenschreiben der preußischen Bischöfe hieß. Es wurde die Parole ausgegeben: „Die Sozialdemokratische Partei ist religionsfeindlich, von ihr geht der Ansturm aus, der uns droht“. Ein Verdikt des Münchener Erzbischofs Kardinal Faulhaber trieb 1922 schließlich die Ablehnung der politischen Verhältnisse, ja des gesamten Systems der parlamentarischen Demokratie von Weimar auf die Spitze. Faulhaber schleuderte dem neuen Staat auf dem Münchener Königsplatz entgegen: „Wehe dem Staat, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes. Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet mit dem Kains-Mal gezeichnet“.

Zumindest die politische Vertretung des deutschen Katholizismus, die Zentrumspartei, hätte hingegen allen Anlass gehabt, die neuen Verhältnisse auf Reichsebene und in Preußen zu begrüßen: Das Zentrum zählte nach dem Ende der Monarchien auf dem Boden des Deutschen Reiches nicht mehr zu den „Reichsfeinden“ einer konfessionell anders verorteten Herrscherdynastie. Vielmehr gehörte die Partei, was ihre Regierungsbeteiligungs- und Reichskanzlerjahre betrifft, sogar zu den prägenden (partei-)politischen Kräften der Weimarer Republik. Hier hätte also Grund zur Hoffnung bestanden, nun eine andere Rolle im Parteien- und Gesellschaftsgefüge einzunehmen, und in gewisser Hinsicht gelang es dem Zentrum tatsächlich – um mit Christopher Clark zu sprechen –, „sich

2 Hier und im Folgenden zit. nach Reinhard Kühnl, *Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie*, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 123.

im neuen System eine einflussreiche Position zu sichern“.³ Gerade im Rheinland verspürte die Partei jedoch gleichzeitig Gegenwind in Gestalt der von der bayerischen Schwesterpartei BVP (Bayerische Volkspartei) unterstützten Christlichen Volkspartei (CVP) und des innerparteilichen Gewerkschafts-Flügels, welcher der Gesamtpartei von „links“ her zu Leibe rückte. Schwer wog des Weiteren der seit Ende 1918 von unterschiedlicher, auch von liberaler und von sozialdemokratischer Seite gegen die Rheinische Zentrumspartei permanent erhobene Vorwurf des Hoch- und Landesverrats beziehungsweise des Separatismus sowie die damit in Zusammenhang stehende Affäre um die beiden Kölner Abgeordneten des Preußischen Landtags Bertram Kastert und Joseph Kuckhoff. Letztere hatten Ende Mai 1919 eigenmächtig Kontakt mit der französischen Besatzungsmacht aufgenommen, um die Bedingungen für die Bildung eines Rheinstaates auszuloten.

Auf Reichsebene wie auch auf Landes- und Provinzialebene konnte die Zentrumspartei auch in der Weimarer Republik als konfessionelle Weltanschauungspartei gelten, als – so Karl Dietrich Bracher – „kirchlich-organisatorisch abgestützte[] Ideologiepartei“, zugleich aber auch als „Kompromißpartei, die nicht auf dem teutonischen Entweder-Oder, sondern auf dem Sowohl-Als-auch, auf dem ‚Und‘ stand“.⁴ Oder, mit den Worten des aus dem Elsass stammenden, nach 1918 vor allem im Rheinland wirkenden Zentrums politikers Josef Joos: „Religion und Vaterlandsiebe, Vaterland und Menschheit, Deutschland und Europa, Zentralismus und Föderalismus, Macht und Recht“⁵ waren für die Partei keine unvereinbaren Gegensätze, sondern bedingten sich vielmehr gegenseitig. Das Zentrum war geprägt von einer „antiextremen, antidoktrinären Haltung“⁶, von einer „großen Wendigkeit, Beweglichkeit, Bündnisfähigkeit“, „stets nach Ausgleich strebend“.⁷ Auf der anderen Seite war die Partei gekennzeichnet von „sozial bedingte[n] antiliberalen[n] und antikapitalistische[n] Tendenzen“, welche die Partei jedoch nicht davon abhielten, zugleich eine „Frontstellung gegen den säkularen Sozialismus der SPD“⁸ einzunehmen und ein ausgesprochenes „Mißtrauen gegenüber einem areligiösen Marxismus“ zu hegen.

3 Christopher Clark, *Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947*, aus dem Englischen von Richard Barth, Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer, München 2008, S. 723.

4 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Stuttgart/Düsseldorf 1957, S. 89.

5 Josef Joos, *Die politische Ideenwelt des Zentrums*, Karlsruhe 1928, S. 13.

6 Hier und folgend Bracher, *Auflösung* (wie Anm. 4), S. 90.

7 Ebd.

8 Hier und im Folgenden ebd., S. 92.

Ganz in diesem Sinne hatte die Zentrumsparterie sowohl auf Reichsebene als auch im preußischen Staat recht bald mit der gemäßigten Mehrheitssozialdemokratie (MSPD/SPD) wie mit der linksliberal-antiklerikalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) koalitiert, um zu gewährleisten, dass der Staat „nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik“ annehme.⁹ Schlimmeres sollte also verhütet werden.

Als nach 1928 auch die Deutsche Zentrumsparterie immer weiter nach rechts rückte, war es der Trierer Domkapitular und Vertreter des rechten Parteiflügels Ludwig Kaas, der die Fäden an der Parteispitze in die Hand nahm. Ihm stand der Sinn nach einem starken Staat mit „größerer Unabhängigkeit gegenüber den unberechenbaren Zufällen des parlamentarischen Wetterwechsels“ und einem Bündnis verschiedener europäischer Staaten als „geistige[m] Schutzdamm gegen den Bolschewismus“. Das sowjetische Russland müsse „mit allen Mitteln von allen Katholiken bekämpft werden“, um so „in geschlossener Phalanx das Werk des Teufels auszurotten“.¹⁰

Der Gewerkschaftsflügel unter dem in der Wahl zum Parteivorsitzenden deutlich unterlegenen Adam Stegerwald war seit dem Kölner Parteitag von 1928 in die Defensive geraten, die bis dahin praktizierte „Politik der Mitte“, die das Zentrum gegenüber der politischen Linken wie der politischen Rechten koalitionsfähig gehalten hatte, wurde innerparteilich zunehmend infrage gestellt.¹¹

Die Entwicklung erreichte unter der nach den Reichstagswahlen vom September 1930 einsetzenden Reichskanzlerschaft Heinrich Brüning's ihren Höhepunkt. Dieser verwarf nicht nur die Überlegungen bezüglich eines möglichen Verbots der NSDAP, sondern teilte der Öffentlichkeit vielmehr mit, dass von den Nationalsozialisten bei Weitem nicht eine so große Gefahr ausgehe wie von den Kommunisten. Brüning ignorierte selbst nachweislich in den Reihen der SA ventilierte Staatsstreichpläne zum Sturz der Republik.¹² Mehr noch: „Langfristig wollte Brüning“, so Clark,

„die Weimarer Verfassung durch eine neue Verfassung ersetzen, die sich stärker an jener des Kaiserreiches orientierte. [...] Gleichzeitig wollte er aus dem rechten Spektrum einen Machtblock formen, in dem die Nationalsozialisten eine untergeordnete Rolle spielen sollten, und dadurch die Sozialdemokraten

9 Aufruf und Leitsätze der Deutschen Zentrumsparterie vom 30.12.1918, hier zit. nach Kühnl, Weimarer Republik (wie Anm. 2), S. 81.

10 Zit. nach ebd., S. 124.

11 Vgl. ebd., S. 82.

12 Vgl. Clark, Preußen (wie Anm. 3), S. 729.

von der politischen Macht gänzlich abschneiden. Mit diesem Ziel vor Augen blockierte die Regierung Brüning alle Anstrengungen der preußischen Regierung, die nationalsozialistische Bewegung auszuschalten.“¹³

Die Wählerbindung der Zentrumspartei war deutlich größer als bei den meisten anderen politischen Parteien, obgleich sich auch hier für die Dauer der Weimarer Republik Erosionserscheinungen bemerkbar machten. Zwar erfasste die Zentrumspartei von Beginn an nicht mehr als 60 Prozent der nominell katholischen Wahlberechtigten.¹⁴ Besonders stark überrepräsentiert war das Zentrum jedoch bei der weiblichen Wählerschaft sowie bei den kirchlich gebundenen, praktizierenden Katholiken, welchen bis Ende März 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP von kirchlicher Seite aus verboten war.¹⁵ Tatsächlich erreichte das Zentrum bei den kirchennahen Katholiken in Preußen bis zu 90 Prozent der Wählenden – wenn ihm, wie 1920 (Reichstagswahlen) und 1921 (Preußische Landtagswahlen) durch die mit der BVP verbundene CVP, keine Konkurrenz im eigenen Lager erwuchs.

Dennoch drohte der Partei immer wieder eine Zerreißprobe zwischen linkem und rechtem Flügel, ja sogar die Möglichkeit einer (weiteren) Parteispaltung stand mit einem Mal zur Debatte. Während die Partei also einerseits über den Aufbruch aus dem nicht zuletzt konfessionell grundierten parteipolitischen „Ghetto“ des Kaiserreichs räsonierte – so etwa der dem linken Parteiflügel zugehörige Journalist Heinrich Teipel in seiner 1925 erschienenen, für eine Öffnung der Partei nach links plädierenden Schrift „Wir müssen aus dem Turm heraus“¹⁶ – drohte ihr nun, anders als im Kaiserreich, ernsthaft die Gefahr einer ebenso dauerhaften wie gravierenden Spaltung.

13 Ebd.

14 Vgl. hierzu Bracher, *Auflösung* (wie Anm. 4), S. 91.

15 Zur Auswirkung der Dichte des örtlichen katholischen Milieus auf das Wahlverhalten der katholischen Bevölkerung vgl. nun auch Ursula Kisters-Honnef, *Nationalsozialismus und katholische Kirche in Erfstadt 1933–1945, Erfstadt 2018*, hier bes. S. 48.

16 Vgl. Heinrich Teipel, *Wir müssen aus dem Turm heraus! Gedanken zur Krise des deutschen Parteiwesens*, Berlin 1925 [nachgewiesen nur in der Staatsbibliothek Berlin, Signatur Fc 4726/10]. Zit. bei Bracher, *Auflösung* (wie Anm. 4), S. 90 Anm. 114. Teipel nahm hier Anleihe bei dem zu Beginn des Jahrhunderts bekannt gewordenen Diktum des rheinischen Zentrumspolitikers Julius Bachem; Julius Bachem, *Wir müssen aus dem Turm heraus!*, in: *Historisch-politische Blätter* 1906 (1. März), S. 332–341, <<https://www.muenster.de/~angergun/Wir-muessen-aus-dem-Turm-heraus.pdf>> (17.3.2019). Vgl. hierzu auch Peter Hertel, *Raus aus dem Turm. Vor 100 Jahren gestattete Papst Pius X. Katholiken die Mitgliedschaft in interkonfessionellen Gewerkschaften*, 24.9.2012, <https://www.deutschlandfunk.de/raus-aus-dem-turm.871.de.html?dram:article_id=221948> (17.3.2019).

2. Die Rheinische Zentrumspartei nach 1918

Als der Vorsitzende der Rheinischen Zentrumspartei, Carl Trimborn, gerade zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern berufen, am 17. Oktober 1918 den Vorsitz der Rheinischen Zentrumspartei niederlegte, trat der Vorsitzende der Kölner Zentrumspartei, Oberpfarrer Bertram Kastert, interimistisch an seine Stelle – ein Parteifreund, der bereits wenig später zu den entschiedenen Befürwortern des Rheinistaatgedankens zählen und für Furore sorgen sollte.

Die seit dem 9. November 1918 in vielen Orten der Rheinprovinz hervorgetretenen Arbeiter- und Soldatenräte erkannte der Vorstand der Rheinischen Zentrumspartei alleine schon deswegen an, um weiterhin die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ gesichert zu sehen. Die Politik des Rats der Volksbeauftragten in Berlin, namentlich des Unabhängigen Sozialdemokraten und neuen preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann, gab denjenigen Kreisen in der Rheinischen Zentrumspartei Auftrieb, die auf eine baldige Trennung der Rheinprovinz von Preußen hinarbeiteten.¹⁷ Trimborn selbst sprach sich noch am 17. November 1918 bei einer Zentrumsversammlung in Siegburg für die Staatsform der parlamentarischen Monarchie und gegen das Frauenwahlrecht aus¹⁸ – das Wahlrecht, das später seine Partei begünstigen sollte.

Auch für die Rheinische Zentrumspartei bedeuteten die Umbrüche Ende 1918 eine ebenso umfassende wie nachhaltige Zäsur. Der Provinzialausschuss der zu diesem Zeitpunkt 25 Jahre lang von Carl Trimborn geführten Rheinischen Zentrumspartei gab sich am 8. Januar 1919 eine neue Satzung, die der Beirat der Rheinischen Zentrumspartei vorgelegt hatte und welche die bisher gültige Satzung von 1905 ablöste. Die neue Satzung sah als eine wesentliche Änderung die Schaffung von „Ortsorganisationen“ auf Ebene der Gemeinden vor, die das Kreiskomitee eines Landkreises als kleinste organisatorische Einheit ablösten.¹⁹ Christoph Kuhl spricht in diesem Zusammenhang von einem innerparteilichen „Demokratisierungsschub“.²⁰ Denn während der erste Parteitag der rheinischen Zentrumspartei bereits 1882 in Köln stattgefunden hatte,²¹ im Jahr 1903 ein Ge-

17 Vgl. Christoph Kuhl, Carl Trimborn (1854–1921). Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 2011, S. 201–203.

18 Vgl. ebd., S. 202.

19 Vgl. ebd., S. 229f.

20 Ebd., S. 230.

21 Vgl. Herbert Lepper, Einleitung, in: ders. (Bearb.), Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufufe, Aufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870–1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei, Düsseldorf 1998, S. 11–100, hier S. 41.

neralsekretariat in Köln eingerichtet worden war und seit 1905 jährlich Bezirksparteitage in den fünf rheinischen Regierungsbezirken abgehalten wurden, hatte das Rheinische Zentrum bis zum Ende des Krieges von einer Regelung des Aufbaus der lokalen Parteorganisation abgesehen.²²

Die prominenteste und zugleich umstrittenste Neuerung war allerdings die Einführung einer eingeschriebenen Parteimitgliedschaft, welche die Partei weg vom Vereinscharakter führen sollte. Massive innerparteiliche Widerstände führten jedoch dazu, dass die Vereinsform dort, wo eine solche bereits existierte, weiterhin geduldet wurde.²³ Dem Vorstand des Rheinischen Zentrums, der innerhalb der Partei seit Jahren an faktischer Bedeutung gewonnen hatte, wurde nun ein ganzer Passus gewidmet: Ihm wurde die „Leitung der Geschäfte der Gesamtpartei der Rheinprovinz“ zugesprochen, seine nun maximal zwölf statt bis dahin sieben Mitglieder wurden wie bisher vom Provinzialausschuss gewählt. Statt eines Vorsitzenden und eines Stellvertretenden Vorsitzenden sollte es künftig einen ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden geben.

Unterhalb der Vorstandsebene gliederte sich die Rheinische Zentrumspartei in vier weitere vertikal angeordnete Organisationsebenen, nämlich Orts-, Kreis-, Wahlkreis- und Provinzebene.²⁴ Der Vorstand der Ortsorganisation wurde unmittelbar von der Ortsparteierversammlung gewählt; dem Kreisausschuss gehörten die Vorsitzenden der Ortsorganisationen sowie für je 200 Parteimitglieder gewählte Delegierte der Ortsorganisationen, die im Wahlbezirk gewählten Reichstags- und Landtagsabgeordneten und schließlich ein Vertreter der im Kreis ansässigen Zentrumspresse an. Weitere Mitglieder konnten gegebenenfalls kooptiert werden.

Die in einem Wahlkreis liegenden Kreisorganisationen wiederum bildeten die sogenannte Wahlkreisorganisation, der die Vorsitzenden der Kreisparteiorganisationen und deren Stellvertreter angehörten sowie weitere Vertreter der Kreisparteiausschüsse, jeweils einer für 300 Parteimitglieder. Der Provinzialausschuss schließlich konstituierte sich aus dem Vorstand der Provinzialpartei, den Vorsitzenden der Wahlkreisvertreterversammlungen, den Vorsitzenden der Kreisausschüsse sowie den in der Provinz gewählten Reichstags- und Landtagsabgeordneten.

Dies alles zeugt von Modernisierungs-, Demokratisierungs- und Professionalisierungstendenzen in der Rheinischen Zentrumspartei, was auch durch die Tatsache unterstrichen wird, dass 178 sich auf den erwähnten Satzungsentwurf

22 Vgl. ebd., S. 46.

23 Vgl. hierzu und im Folgenden Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 230f.

24 Vgl. hier und folgend Lepper, Einleitung (wie Anm. 21), S. 59–61.

beziehende Änderungsanträge eingingen.²⁵ Darüber hinaus verhinderten die selbstbewusst auftretenden Kreisparteiausschüsse eine zu große Einflussnahme des Vorstands auf die Auswahl der Reichstags- und Landtagskandidaten, indem diesem lediglich ein unverbindliches Vorschlagsrecht zugebilligt wurde.

Da die Beziehungen der Rheinischen Zentrumspartei zum Rheinischen Bauernverein seit einiger Zeit belastet waren und mit der Freien Bauernschaft seit Anfang 1919 ein überparteilicher Verband hinzugetreten war, sahen sich die zentrumsnahen agrarischen Kreise der Provinz veranlasst, Anfang April 1919 eine Christliche Bauernschaft ins Leben zu rufen, die sowohl ein Gegengewicht zu den genannten Vertretungen als auch zu den Christlichen Gewerkschaften bilden sollte. Ein Zentrumsmitglied des Kölner Stadtrats, der Landesökonomierat Fritz Bollig, trat an die Spitze der Bauernschaft. Bereits Ende Juli ging die Christliche Bauernschaft im Rheinischen Bauernverein auf, was diesen näher an die Zentrumspartei heranführte und zugleich die Freie Bauernschaft marginalisierte, die seit Beginn des Jahres 1920 zunehmend an Strahlkraft einbüßte. Trimborn, der in der Freien Bauernschaft eine nicht zu vernachlässigende Gefahr für seine Partei erkannt hatte, verhalf Bollig quasi im Gegenzug zum Amt des dritten Vorsitzenden der Rheinischen Zentrumspartei.²⁶

Wegweisend, wenngleich nicht unbedingt in einem unproblematischen Sinne, war die Schaffung von berufsständisch ausgerichteten Provinzial-Beiräten in der Rheinischen Zentrumspartei seit dem Jahr 1919, so zum Beispiel des „Handel[sic] und Industriebeirats der Rheinischen Zentrumspartei“ am 27. November 1919. Der Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei erklärte dieses Modell im Januar 1922 als vorbildlich und hielt die Partei zur Bildung berufsständischer Beiräte an.²⁷

Ein weiteres Problem, das sich mit fortschreitender Zeit als Hypothek erweisen sollte, waren der schwach ausgeprägte Organisationsgrad sowie die chronische Unterfinanzierung der Rheinischen Zentrumspartei und ihrer nachgeordneten Gliederungen auf Kreis- und Ortsebene. Der Übergang von der Wähler- zur Mitgliederpartei fiel dem Zentrum schwer.²⁸ Hierfür macht Herbert Lepper drei Aspekte verantwortlich:²⁹ Vielen in der Partei sei verborgen geblieben, dass eine parlamentarische Parteiendemokratie nach einer straffen Parteiorganisation verlangte, um erfolgreich Parteiarbeit und Wahlkampf betreiben zu können;

25 Vgl. hierzu und im Folgenden Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 230f.

26 Vgl. ebd., S. 232f.

27 Vgl. Lepper, Einleitung (wie Anm. 21), S. 81.

28 Vgl. ebd., S. 68.

29 Vgl. ebd., S. 69.

das Zentrum sei weitgehend eine klassische Honoratiorenpartei geblieben; das äußerst diversifizierte katholische Vereinswesen habe personelle wie finanzielle Ressourcen absorbiert, die dem Parteiapparat folglich vorenthalten geblieben seien. Im Jahr 1920 existierten lediglich in 19 der insgesamt 74 Kreisparteiorganisationen Parteisekretariate, 1922 waren es immerhin 26. Der Hyperinflation des Jahres 1923 fielen dann bereits wieder etliche Sekretariate zum Opfer, so dass 1929 noch immer nur 13 hauptamtlich und sechs nebenamtlich besetzte Sekretariate gezählt werden konnten.³⁰

Da er sich sowohl für den rechten wie auch für den linken Parteiflügel als wählbar erwies, wurde Trimborn am 26. November 1919 zum 1. Vorsitzenden der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung gewählt.³¹ Vom 19. bis 22. Januar 1920 hielt das Zentrum den ersten Reichsparteitag überhaupt ab. Im Vorfeld dieses Parteitages hatte sich die strikt auf ihren Föderalismus bedachte BVP aus der Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum verabschiedet. Grund hierfür waren zuvorderst die von Reichsfinanzminister Matthias Erzberger verfolgten unitarischen Bemühungen auf verschiedenen Rechtsgebieten.³²

Am 22. Januar 1920 wurde Trimborn auch zum Vorsitzenden des Reichsparteivorstandes, also zum Reichsvorsitzenden des Zentrums gewählt.³³ Der Parteitag beschloss ferner die Einrichtung einer reichsweit einheitlichen Parteiorganisation nach dem Vorbild der Rheinischen Zentrumspartei.³⁴

Trimborn stand vor nicht geringen Herausforderungen, wie ein Schreiben des prominenten Parteifreundes Karl Bachem an Trimborn vom 10. Dezember 1919 erahnen lässt. In diesem heißt es: „Noch niemals ist die Fraktion in einer so schwierigen Lage gewesen wie gegenwärtig. Wenn es dir in dieser Lage gelingt, die Fraktion auch nur äußerlich zusammenzuhalten, wirst du ein gewaltiges Werk vollbracht haben“³⁵.

Drei Phänomene mögen die schwierige Situation für die Zentrumspartei veranschaulichen: zunächst die Positionierung zu föderalistischen und eigenstaatlichen Bestrebungen im Reich, vornehmlich in dessen Westen, sowie das Verhältnis zum französischen „Erbfeind“, dann die Reichstagswahlen 1920 und zuletzt das gespannte Verhältnis der (restlichen) Partei zu ihrem Arbeitnehmerflügel.

30 Vgl. ebd., S. 70f.

31 Vgl. Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 235.

32 Vgl. ebd., S. 236.

33 Vgl. ebd., S. 239.

34 Vgl. ebd.

35 Zitiert nach ebd., S. 235.

3. Das Rheinische Zentrum und die Rheinstaatbestrebungen

Auf Motive, Zielsetzungen und unterschiedliche Ausprägungen der Rheinstaatbestrebungen kann an dieser Stelle nicht vertiefend eingegangen werden.³⁶ Es soll jedoch die Bedeutung konturiert werden, welche die Rheinstaat-Frage nicht nur für das Rheinische Zentrum, sondern auch für die Partei auf Staats- und Reichsebene besaß. Das Engagement breiter Kreise der Rheinischen Zentrumspartei in dieser Sache manövrierte die Partei jedenfalls dauerhaft in die Defensive, von Seiten sämtlicher politischer Mitbewerber hagelte es Proteste, Unterstellungen, Verdächtigungen, Verdikte.

Als am 9. November 1918 Karl Hoeber und Josef Froberger, Chefredakteur und Redakteur der bedeutenden zentrumsnahen „Kölnischen Volkszeitung“, den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer aufsuchten, um diesen für den Gedanken eines westdeutschen Staatsgebildes im Reichsverband zu erwärmen, befanden sie sich in Begleitung einiger Stadtverordneter der Kölner Zentrumspartei.³⁷ Einen knappen Monat später, am 4. Dezember 1918, sprach sich eine große Zentrumsversammlung in Köln, in deren Verlauf auch Carl Trimborn als Redner auftrat, vehement für die baldige „Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörigen selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik“ aus, wie die „Kölnische Volkszeitung“ zu berichten wusste.³⁸

Von den zentrumsnahen Blättern der Rheinprovinz sprachen sich neben der „Kölnischen Volkszeitung“ vor allem die „Trierische Landeszeitung“, der Aachener „Volksfreund“, die „Neuss-Grevenbroicher Zeitung“ sowie darüber hinaus die in Wiesbaden erscheinende „Rheinische Volkszeitung“ mit großem Nachdruck – zum Teil selbst noch nach dem sogenannten „Dorten-Putsch“ vom 1. Juni 1919 in Wiesbaden, als ein erstes Mal der Versuch einer eigenmächtigen Proklamation der „Rheinischen Republik“ kläglich gescheitert war – für einen Rheinstaat im Reichsverband aus. Ähnlich verhielt es sich mit dem Landtagsabgeordneten Bertram Kastert, dem späteren Reichsernährungsminister Karl Müller, dem Kölner Universitätsprofessor Benedikt Schmittmann, dem Kreisparteivorsitzenden der

36 Vgl. hierzu Martin Schlemmer, Konrad Adenauer und die Rheinlandfrage. Eine unerledigte Streitfrage?, in: Geschichte im Westen 19 (2004), H. 1, S. 7–23; ders., „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln/Weimar/Wien 2007; ders., Rheinstaatbestrebungen, in: Jahrbuch für den Rhein-Kreis Neuss 2016, S. 120–141; Hans-Ludwig Selbach, Katholische Kirche und französische Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Nationale, regionale und kirchliche Interessen zwischen Rhein, Saar und Ruhr (1918–1924), Köln 2013.

37 Vgl. Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 205.

38 Hier zit. nach ebd., S. 206.



Abb. 1: Titelseite der „Neuß-Breidenbroicher Zeitung“ vom 11. Juni 1919 mit dem Leitartikel „Rheinland den Rheinländern!“ von Chefredakteur Grunau³⁹

Zentrumsparthei in Kreuznach/Nahe Arnold Cappallo⁴⁰ und zahlreichen weiteren Zentrumsangehörigen.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ sei stellvertretend genannt, um den Versuch der Diskreditierung der Rheinischen Zentrumsparthei mittels deren Identifikation mit Hoch- und Landesverräthern, mit „Sonderbündlern“, als „Sonderbündlern“. Die zentrumsnahe „Deutsche Reichszeitung“ zitierte den „Vorwärts“ am 8. Dezember 1918 dahingehend, dass mit der Rheinischen Republik „unter Ägide des Zentrums“ eine „Privatdomäne klerikaler Rückständigkeit“⁴¹ geschaffen werden solle.

Die Rheinische Zentrumsparthei selbst befasste sich im Rahmen ihrer „Rheinkonferenzen“ und „der im Verfolg dieser Konferenzen herausgegebenen Schrif-

39 Vorlage: Stadtarchiv Neuss, E.12.04.

40 Vgl. Lepper, Einleitung (wie Anm. 21), S. 75.

41 Zit. nach Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 207.

tenreihe“⁴², der im Verlag der Rheinischen Zentrumspartei in Köln erscheinenden „Flugschriften der Rheinischen Zentrumspartei“, mit der „Rheinlandfrage“. Im Dezember 1922 fand die Konferenz in Darmstadt statt, im Juli 1923 in Heidelberg sowie am 10. und 11. April 1924 in Frankfurt.⁴³

Das entscheidende Problem war, dass es dem Rheinischen Zentrum nicht oder doch zumindest nur unzureichend gelang, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Rheinistaatbefürworter in ihrer großen Mehrheit nichts anderes anstrebten, mitunter lediglich in Erwägung zogen, als dies in anderen Regionen Deutschlands, ja Mitteleuropas aus ganz unterschiedlichen Motiven nach dem Kriegsende 1918 ebenfalls der Fall war: ein „Mehr“ an Selbstbestimmung auf regionaler Ebene, seien es partikularistische Bayern, protestantische Deutschhannoveraner (Welfen) oder katholische Oberschlesier. In einen breiteren Kontext regionaler Eigenbestrebungen einerseits und der Ende 1918 unmittelbar mit dem Ende der deutschen Dynastien und dem Waffenstillstand einsetzenden Überlegungen zur Reichsneugliederung andererseits gestellt, hätte die Vorstellung einer von Preußen getrennten westdeutschen Gebietseinheit weitgehend ihren Schrecken verlieren müssen – so nicht parteipolitische Interessen hinter den ostentativen Empörungsbekundungen der übrigen Parteien zu vermuten waren. Folgerichtig verwies Carl Trimborn in einem zwischen dem 17. und dem 31. Dezember 1918 angefertigten Manuskript auf die deutschnational grundierten Oststaat-Pläne, die zwecks Erhaltung des „Deutschtums“ der entsprechenden Territorien sogar vorgesehen hatten, sich vom „rot regierten“ Reich zu trennen, um zu einem späteren Zeitpunkt eine „Wiedervereinigung“ mit ebendiesem „Rest-Reich“ vorzunehmen. Trimborns Anmerkung, dass die „Aufteilung Preußens und die Neugliederung der Bundesstaaten innerhalb des Reiches in der Öffentlichkeit von Stellen vertreten [würden], die mit der Zentrumspartei absolut nichts zu schaffen haben“⁴⁴ verfiel nicht nur bezüglich dieses Beispiels, sondern in noch stärkerem Maße bezüglich der verschiedenen Projektionen einer Neugliederung des Reiches bei gleichzeitiger Zerschlagung Preußens, worunter die Pläne des linksliberalen Staatsrechtlers Hugo Preuß lediglich die bekanntesten sind.

So richtete sich Trimborns Klage nicht zuletzt auch gegen die Berliner Politik:

„Es ist die gewohnte Berliner Anmaßung. Berlin selbst darf über die künftige Gestaltung Preußens beraten, bei Leibe aber nicht die Schranzen in der Pro-

42 „Vorbemerkung“ der Rheinischen Zentrumspartei zu Friedrich Dessauer, Das Rheinproblem, Köln 1924, S. V.

43 Vgl. ebd.

44 Zit. nach Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 208.

vinz, die die Sache doch am meisten angeht. Wir erklären den Herren: Wir lassen uns nicht den Mund verbieten. Wir lassen uns nicht wie vor 100 Jahren auf dem Wiener Kongress durch eine Entscheidung überraschen, über die wir nicht ausgiebig zu Wort gekommen sind“.⁴⁵

Die Rheinische Zentrumspartei unter Carl Trimborn trat für die Republik, für Ausgleich und Versöhnung ein, wengleich das Rheinische Zentrum wie die Gesamtpartei die Revision des Versailler Friedensvertrags forderte⁴⁶ und Trimborn in einer Reichstagsrede vom 30. Juni 1920 unterstrich, dass er bezüglich der Frage der Reparationen den Entente-Mächten nicht unbegrenzt entgegenzukommen gewillt war: „Forderungen, die nun einmal von uns absolut nicht erfüllt werden können, muss die Regierung ein entschiedenes Nein entgegensetzen“.⁴⁷ Da Diplomatie und Außenpolitik ansonsten nicht sein Metier waren, hielt Trimborn sich darüber hinaus auf diesem Themenfeld merklich zurück.⁴⁸

Umso deutlicher wurde im Jahr 1924 Hermann Platz in den „Flugschriften der Rheinischen Zentrumspartei“. Er legte zunächst ein Bekenntnis zum „Deutschtum“ und der Zugehörigkeit des Rheinlands zum Deutschen Reich ab, um dann die versöhnende und einende Hand nach Westen auszustrecken und die Idee des „Abendlandes“ in den Vordergrund zu rücken:

„Wir stehen am Rhein auf urdeutschem, und so Gott will, ewig deutschem Boden. Deutsch fühlen, deutsch denken, deutsch arbeiten wir. Heiss und zuversichtlich glauben wir an Deutschlands Zukunft. Voll bewusst sind wir uns unserer Verantwortung dem Vaterland gegenüber. Jederzeit sind wir bereit, uns einzusetzen für die Heimat, die wir lieben mit jeder Faser des Herzens. Aber lebendig ist noch ein anderes, das einst das Vaterland überwölbt hat: das Abendland. [...] Es ist eine geschichtliche Kraft, die uns spürbar wurde, seitdem wir tiefer in uns und um uns schauten. Nennen wir sie die abendländische Idee: ein landschaftlich gebundener Geistes- und Gefühlsinhalt, der einst alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens durchdrungen und durchbildet hat, der aber heute doch weithin unwirksam geworden ist“.⁴⁹

45 Zit. nach ebd.

46 Der Bericht über die Verhandlungen des Parteitags der Rheinischen Zentrumspartei in Köln vom 15.–18.9.1919 bezeichnete den Frieden als eine „brutale Vergewaltigung“, die nach einer „Revision“ sowie nach der „Befreiung von diesem Joch mit allen Mitteln des Rechts und der Vernunft“ verlange (vgl. ebd., S. 226).

47 Zit. nach ebd., S. 258.

48 Vgl. ebd.

49 Hermann Platz, Deutschland-Frankreich und die Idee des Abendlandes, Köln 1924.

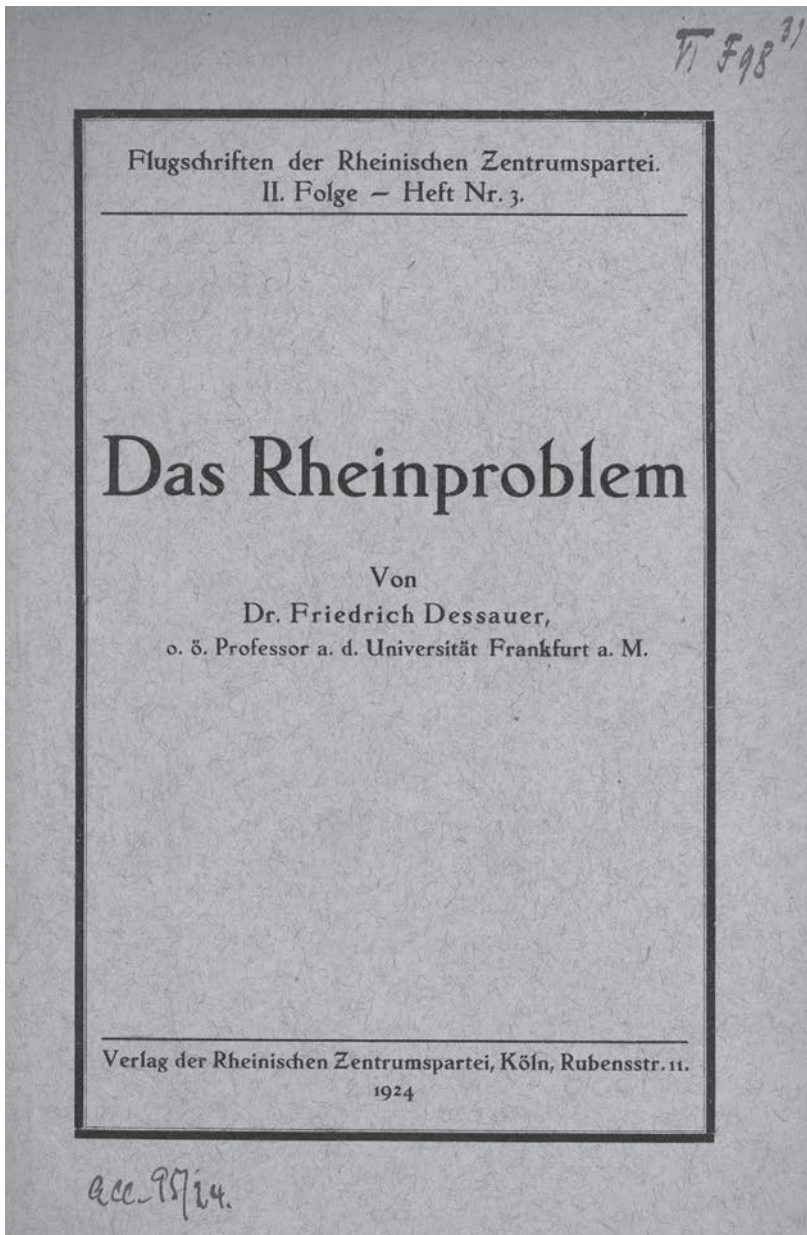


Abb. 2: Titelseite Heft Nr. 3 der „Flugschriften der Rheinischen Zentrumspartei, II. Folge“⁵⁰

50 Dienstbibliothek des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), Duisburg, Signatur: LAV R Duisburg, VI F 98 [3].

Die Idee des Nationalismus hingegen lehnte Platz mit deutlichen Worten nach allen Seiten hin ab:

„Nationalismus kann auch die berechtigten und notwendigen Bestrebungen der staatlichen Eigengebilde bezeichnen. Hier soll es die Enge und Einseitigkeit derer ausdrücken, die nur das nationalstaatliche Macht- und Ehrbewusstsein, nur die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit (Autarkie) des Nationalstaates, nur die kriegerische Wiedergutmachung einer erlittenen Niederlage ins Auge fassten. Dieser Nationalismus hat aus unserem alten Abendland ein Zerrbild seiner selbst gemacht.“⁵¹

Als fatal in ihren Auswirkungen betrachtete Platz die „Zerschlagung des Zusammenhangs von Religion und Leben, von Religion und Politik“, da hieraus die vergiftete Situation am Rhein resultiere:

„Statt gleichgewertet, gleichgeordnet mit ihren Kräften und Vorzügen dem Ganzen zu dienen, haben sich die politischen Einheiten mehr und mehr als absolute Grössen empfunden und zur Geltung zu bringen gesucht, was natürlich nur in ewigem Kampfe möglich ist. Das Kernbild dieser Verzerrung und Verkrampfung ist die Lage am Rhein. In Deutschlands und Frankreichs hier versteifter Gegensätzlichkeit erlebt das Abendland seine Schicksalsstunde, seine letzte, seine heisseste, seine erschütterndste Entscheidungszeit.“⁵²

Die Zukunft Europas sah Platz nicht im Nationalismus, sondern in der friedlichen Koexistenz gleichberechtigter Nationalstaaten:

„Frankreich soll bleiben, gross und stark. Aber auch Deutschland soll und muss leben gross und stark und frei. Es soll kein gestaltloses, sondern ein gegliedertes Ganzes sein. Es sollen Grenzen sein und Staaten, die leben können. Aber der Geist muss herrschen. Ideen sollen sichtbar werden, durchgehende Weltzwecke auch in der Politik wieder Giltigkeit [sic] gewinnen. Man mag das Utopie, Traumland nennen! Es schiert [sic] uns wenig. Wir wissen und spüren, dass in und um uns schon etwas davon wieder auflebt: Das Wesensbild des neuen Europa wächst langsam, aber sicher aus dem Nährboden des Abendlandes.“⁵³

51 Ebd., S. 5f.

52 Ebd., S. 7.

53 Ebd., S. 31.

Auch derartige Verlautbarungen dürften manch einem politischen Gegner, namentlich des rechten Spektrums, Unbehagen bereitet haben. Die „EntschlieÙung der Dritten Rheinkonferenz“ vom 10. und 11. April 1924 – der rheinische und pfälzische „Separatismus“ war gerade erst mit seinen Putschversuchen gescheitert – spricht hingegen eine andere Sprache: Hier wurde klar zugunsten eines „deutschen Stromes Rhein“ Stellung bezogen – „natürlich“ zuungunsten des französischen „Erbfeinds“ und der diesem vermeintlich zuarbeitenden Rheinstaatsbefürworter, die zwar nicht namentlich, dem Sinn nach jedoch unzweideutig Erwähnung fanden. Gebrandmarkt wurden auch Rheinland- und Ruhrbesetzung sowie die Versailler Friedensordnung.⁵⁴ Auch in diesem Zusammenhang also blieb das Rheinische Zentrum nach verschiedenen Seiten hin und für unterschiedliche Interpretationen „offen“.

4. Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920

Aus den ersten Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 ging die Zentrumspartei mit 13,6 Prozent Stimmenanteil hervor, was gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung einer Minderung von 1,5 Prozentpunkten entsprach. Den stärksten Wählerverlust hatte das Zentrum ausgerechnet in seinen westdeutschen Hochburgen, also in den Wahlkreisen Köln-Aachen und Koblenz-Trier, zu verzeichnen – und das, obwohl Trimborn persönlich der Wahlliste des Wahlkreises Köln-Aachen vorstand. Allerdings blieb das Zentrum in den beiden rheinischen Wahlkreisen mit absoluter Stimmenmehrheit stärkste Kraft, ein Resultat, welches die Zentrumspartei in keinem anderen Wahlkreis erreichen konnte.⁵⁵

54 Vgl. EntschlieÙung der Dritten Rheinkonferenz, abgedruckt in Dessauer, Rheinproblem (wie Anm. 42), S. VI f.

55 Vgl. Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 253. Angaben in Tab. 1 nach: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 41 (1920), hg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1920, S. 178 f., online verfügbar unter: <http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514401303_1920|log23&physid=phys214#navi> (15.7.2019).

Tab. 1: Stimmen und Stimmenanteile der Christlichen Volkspartei (CVP) bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920

Wahlkreis	Bezeichnung	Stimmen (von gültig)	Prozent
20	Westfalen-Süd	562 (von 1.173.103)	0,0
25	Düsseldorf-Ost	3.011 (von 976.320)	0,3
26	Düsseldorf-West	8.384 (von 717.060)	1,2
23	Köln-Aachen	23.585 (von 854.364)	2,7
24	Koblenz-Trier	29.648 (von 527.950)	5,6

Im Wahlkampf hatte Trimborn den Hauptgegner seiner Partei in den eigenen Reihen ausgemacht. Er wandte sich warnend an die konservativ ausgerichteten Katholiken, musste er doch zu Recht fürchten, dass die mit der bayerischen Schwesterpartei im Bunde stehende rheinisch-föderalistische CVP – gleichsam als „Fleisch vom eigenen Fleische“ – in den bisherigen Zentrumshochburgen reüssieren und Teile der konservativen Klientel an sich binden könnte.⁵⁶ Tatsächlich gelang der CVP zwar nicht auf Ebene der Wahlkreise (siehe Tab. 1), umso mehr aber in ländlich und katholisch geprägten Regionen der Rheinprovinz der Einbruch in den „Zentrumsturm“: In zahlreichen kleineren Orten des linksrheinischen Niederrheins konnte sich die CVP hinter dem Zentrum auf Platz 2 der Wählergunst schieben, allein im Landkreis Geldern in den Gemeinden Cappellen (18 Prozent Stimmenanteil), Hinsbeck-Leuth (5 Prozent), Kervenheim (10,1 Prozent), Nienkerk (18,5 Prozent), Pontz (19,9 Prozent), Sevelen (22,2 Prozent), Wachtendonk-Wankum (10,1 Prozent) und Walbeck (15,9 Prozent).⁵⁷ Im Süden der Rheinprovinz galt dies gelegentlich sogar auf Kreisebene, so etwa in den Kreisen Cochem (19 Prozent Stimmenanteil), Mayen (15,6 Prozent) und Adenau (15,3 Prozent).⁵⁸ Wie auch auf Wahlkreisebene ergibt sich ein gewisses Nord-Süd-Gefälle, was den Wahlerfolg der CVP betrifft. Das gute Abschneiden der Partei dürfte nicht allein, doch auch nicht zuletzt mit dem „vor Ort“ anzutreffenden Urbanisierungsgrad sowie mit den Entfaltungsmöglichkeiten eines CVP-Wahlkampfes – hier spielt die Frage nach der Besatzungsmacht eine bedeutsame Rolle – und schließlich mit der Unterstützung durch lokale Eliten, namentlich des Klerus, in Zusammenhang stehen.

56 Vgl. ebd., S. 252.

57 Vgl. Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 36), Tab. 3, S. 788f.

58 Vgl. ebd., S. 143f.

Wie aber konnte es überhaupt zu dieser – aus Zentrumssicht – Konkurrenz im eigenen Lager kommen? Zunächst hatte der vermeintliche Linkskurs des Zentrums den deutschnationalen Katholiken Hermann von Lüninck zu Beginn des Jahres 1920 eine Überführung des rechten Zentrumsflügels in eine neu zu gründende katholisch-konservative Partei in Erwägung ziehen lassen.⁵⁹ Im Januar 1920 konstituierte sich tatsächlich innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eine „Nationale Arbeitsgemeinschaft deutscher Katholiken“, die jedoch ohne nennenswerte Resonanz blieb. Im April desselben Jahres erfolgte die Gründung der rheinisch-föderalistischen Christlichen Volkspartei (CVP). Nicht nur das Zusammengehen der Zentrumspartei mit den Sozialdemokraten war dieser Gruppe ein Dorn im Auge, sondern auch die offizielle Parteilinie in der Rhein-staat-Frage. So zählten die maßgeblichen Protagonisten der neuen Partei, unter ihnen der Kölner Oberpfarrer Bertram Kastert, in dieser Angelegenheit zu den Sympathisanten der aktionistischen Richtung.⁶⁰

Einer der führenden BVP-Politiker, Georg Heim, stellte dem Reichsvorstand der Zentrumspartei mit Schreiben vom 7. Mai 1920 für die Reichstagswahlen am 6. Juni eine gemeinsame Reichsliste mit dem Zentrum, darüber hinaus aber auch mit anderen „christlich-föderalistischen Parteien“ in Aussicht, darunter „eventuell Christliche Volkspartei“.⁶¹ Ein Rundschreiben des BVP-Generalsekretärs Anton Pfeiffer an die Kreisvorsitzenden der BVP vom 22. Mai 1920 wurde dann deutlicher:

„Die Christliche Volkspartei im Rheinland und in Nassau steht vollkommen auf dem gleichen christlich-föderalistischen, ausgeprägt rechtsgerichteten Standpunkt wie die BVP und befindet sich auch in gleicher Weise im scharfen Gegensatz zu jener Strömung im Reichszentrum, deren politische Richtung durch den Namen Erzberger gekennzeichnet wird. Der Arbeitsausschuss stellt sich auf den Standpunkt, dass nur die Verfolgung einer klaren politischen Linie und die Zusammenfassung der gleichgerichteten christlichen und föderalistischen Gruppen unsere Auffassung im Reich zu angemessener Geltung bringen kann“.⁶²

So verwundert es kaum, dass Heim am 1. Juni 1920 im Reichstagswahlkampf sogar als Hauptredner einer Großkundgebung der CVP in Köln auftrat und im Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie sowie im „Zentralismus

59 Vgl. Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 235.

60 Vgl. ebd., S. 248f.

61 Zit. nach ebd., S. 249.

62 Zit. nach ebd., S. 250.

der Leute erzbergerscher Richtung“ regelrechte „Todsünden“ der Zentrumspartei erkannte.⁶³

In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 erschien ein Text des Vorsitzenden der Zentrumspartei Wiesbaden und Chefredakteurs der zentrumsnahen „Rheinischen Volkszeitung“ Franz Geuecke, der bereits im Titel sein Anliegen, nämlich „Die Krise in der Zentrumspartei“ formuliert.⁶⁴ Der Autor würdigte darin zunächst die historischen Verdienste der deutschen Zentrumspartei, um anschließend umso deutlicher und eindringlicher für die Spaltung der Partei in zwei neue Parteien zu werben. Nur auf diese Weise, so Geuecke, könne Schaden vom katholischen Volksteil ferngehalten und der Einfluss des Katholizismus in Deutschland gewahrt werden. Der Autor lässt die ersten Reichstagswahlen Revue passieren, um zu dem Ergebnis zu gelangen, dass die Zentrumspartei nicht mehr – wie in der Vergangenheit – zwischen links und rechts lavieren könne, ohne massiv und schnell an Glaubwürdigkeit, Wählerrückhalt und somit an politischer Einflussmöglichkeit zugunsten der Katholiken einzubüßen. Geuecke spricht von „täglichen zunehmen[den]“ Schwierigkeiten für seine Partei:

„Zu Anfang des Jahres hat die Bayerische Volkspartei [...] ihre Verbindung mit dem Reichszentrum gelöst. Acht Wochen vor der Reichstagswahl entstand in den Rheinlanden die Christliche Volkspartei, die auch nach Westfalen übergriff. Ihre Gründung war ein Symptom für die Unzufriedenheit weiter Kreise mit der Politik des Zentrums. Neuerdings wird mitgeteilt, daß sich führende Kreise der christlichen Gewerkschaften mit dem Gedanken tragen, aus dem Zentrum auszuschneiden und eine Christlich-demokratische Volkspartei ins Leben zu rufen. Das Zentrum wird also im Jahr seines goldenen Jubiläums sowohl von rechts als auch von links auf das härteste bedroht“.⁶⁵

Die gegenwärtige Bedrohung sei mit ähnlichen Situationen früherer Tage, so der Autor, definitiv nicht gleichzusetzen:

„Wenn sich [...] jetzt die Bayerische Volkspartei vom Reichszentrum gelöst hat, wenn die Christliche Volkspartei in den Rheinlanden zum mindesten ei-

63 Zit. nach ebd.

64 Franz Geue[c]ke, Die Krise in der Zentrumspartei, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland 166 (1920), S. 379–388. Abgedruckt in und hier zit. nach: Peter Bürger (Hg.), Sauerländische Friedensboten. Friedensarbeiter, Antifaschisten und Märtyrer des kurkölnischen Sauerlandes, Bd. 1, Norderstedt 2016, S. 198–207.

65 Ebd., S. 199.

nen Achtungserfolg errang, wenn sich sogar christliche Gewerkschaftskreise mit dem Gedanken trugen, eine eigene Partei zu gründen, ja wenn als die Führer dieser Richtung die beiden Zentrumsmitglieder Giesberts und Stegerwald bezeichnet werden, dann müssen doch innerhalb der Partei Gegensätze bestehen, die mit Schwierigkeiten früherer Zeit nicht zu vergleichen sind.“⁶⁶

Im Fortgang des Textes rechnete Geuecke seinen Lesern die abnehmende Bindungskraft der Zentrumspartei bei reichsweiten Wahlen zwischen 1907 und 1920 vor. Er spricht von einem im Linkskurs des Zentrums begründeten „deutlichen Rückgang der männlichen Zentrumswähler“⁶⁷ und sah in der Wahl von 1920 eine „sehr schwere Niederlage“,⁶⁸ die nun von der Parteispitze klein- und schöngeredet werde. Allein in Köln habe die Partei 40.000 Wählerstimmen verloren,⁶⁹ allein 10.000 an die Christliche Volkspartei. Namentlich die Gebildeten und Besitzenden unter den ehemaligen Wählern kehrten der Partei in zunehmendem Maße den Rücken.⁷⁰

Was aber empfahl Geuecke nun seiner Partei? Am konfessionellen Charakter des Zentrums gedachte er – nicht zuletzt angesichts der historischen Entwicklung sowie der bis anhin gewonnenen Erfahrungen – nicht zu rütteln:

„Alle Versuche, aus dem Turm herauszukommen und protestantische Wähler in größerer Zahl für das Zentrum zu gewinnen, erwiesen sich als aussichtslos. Die katholische Weltanschauung war das Bindemittel für das Zusammenhalten der Wähler.“⁷¹

Den einzigen Ausweg aus der diagnostizierten Zentrumskrise sah Geuecke in einem einvernehmlichen Auseinandergehen des Zentrums in eine linke und eine rechte katholische politische Interessensvertretung:

„Es ist nicht denkbar, daß die 23 Millionen Katholiken geschlossen eine Rechtspolitik oder auch eine Linkspolitik mitmachen. Man darf von den Katholiken nicht verlangen, daß sie dauernd eine Partei unterstützen, mit deren politischer und wirtschaftlicher Haltung sie nicht einverstanden sind. Unter

66 Ebd., S. 200.

67 Ebd., S. 203.

68 Ebd., S. 202.

69 Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 253 geht von einem Verlust von 35.000 Kölner Stimmen gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung im Jahr 1919 aus.

70 Vgl. Geue[c]ke, Die Krise (wie Anm. 64), S. 204.

71 Ebd., S. 200.

dem Parlamentarismus ist es eine absolute Unmöglichkeit, den rechten und den linken Flügel zusammenzuhalten. Werden trotzdem keine neuen Formen gefunden, dann werden die Wähler nach und nach in größerer Zahl abfallen, die Zentrumspartei aber wird zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinken. [...] Wir werden also von selbst dazu kommen müssen, das Zentrum in seine zwei natürlichen Bestandteile zu zerlegen. [...] In einem demokratischen Zeitalter läßt sich Einigkeit nicht mehr gewaltsam erzwingen. [...] Zwei Parteien, die ihre Anhänger teils aus den Parteien der Rechten, teils aus den Parteien der Linken holen, können für den Katholizismus ungleich mehr wirken als eine Partei, die von Wahl zu Wahl an Einfluß verliert.“⁷²

Des Autors Fazit fällt eindeutig aus: „Im Interesse des Katholizismus müssen die Katholiken sowohl rechts als auch links ihren Einfluß wahren“⁷³ und „dem christlichen Gedanken und dem katholischen Volksteil eine wirksame Vertretung [...] sichern“.⁷⁴

Doch konnte es dem deutschen wie dem rheinischen Zentrum nicht mehr oder weniger egal sein, was ein Geuecke aus Wiesbaden in die Welt hinaustrug? Zumindest nicht ganz, wenn man bedenkt, dass der Text in den „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland“ erschien, also in einem der bedeutendsten Publikations- und Diskussionsforen des damaligen deutschsprachigen intellektuellen Katholizismus. Nachdenklich musste die Zentrumsgründen auch die Einleitung des Textes aus der Feder des Herausgebers der „Historisch-politischen Blätter“, des Generaldirektors der staatlichen Archive Bayerns Georg von Jochner,⁷⁵ stimmen. Dort heißt es:

„Der Herausgeber dieser Zeitschrift bringt die nachführenden Ausführungen zum Abdruck, weil sie offen und ehrlich die Lage besprechen. Welche Stellung die Historisch-politischen Blätter hierzu einnehmen, wird wohl keinem Leser zweifelhaft erscheinen“.⁷⁶

72 Ebd., S. 204f.

73 Ebd., S. 205.

74 Ebd., S. 207.

75 Vgl. zur Person Jochners Joachim Lilla, Jochner, Georg, in: ders., Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945 vom 10.9.2012, <<https://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de/jochner-georg>> (9.5.2019).

76 Zit. nach Bürger, Sauerländische Friedensboten (wie Anm. 64), S. 198.

5. Das Rheinische Zentrum und der Gewerkschaftsflügel

Bereits während der Ereignisse vom November 1918 hatten Vertreter des linken Zentrumsflügels, namentlich der rheinische Zentrumsolitiker und spätere Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns, mit dem Gedanken gespielt, die Zentrumsparlei aufzulösen und unter neuem Namen – dieses Mal jedoch ausdrücklich offen für alle Konfessionen – neuzugründen. Zunächst jedoch verständigten sich die Vertreter dieser Richtung am 16. November 1918 in Duisburg auf die Beibehaltung des alten Namens unter Verwendung des Zusatzes „christlich-demokratische Volkspartei“.⁷⁷

Die Hoffnung, mit diesem Gebaren eine Abspaltung der bayerischen Zentrumsparlei zu verhindern respektive zu revidieren, erwies sich als vergeblich. Der Vertreter der bayerischen Bauernvereine Georg Heim – ein erklärter Gegner Matthias Erzbergers und der Friedensresolution vom Sommer 1917 – rief bereits am 12. November 1918 mit Gleichgesinnten die Bayerische Volkspartei ins Leben, und drei Tage später sanktionierte die Führung des bayerischen Zentrums diesen Schritt, indem sie seinen Mitgliedern den Eintritt in die neue Partei empfahl. In der Nationalversammlung bildeten Zentrum und BVP – vorerst – eine Fraktionsgemeinschaft.⁷⁸

Als „Mann des Ausgleichs“⁷⁹ war Trimborn bemüht, die Anschlussfähigkeit seiner Partei nach links und nach rechts hin offenzuhalten und das Zentrum auf diese Weise vor einer Spaltung zu bewahren. Auf Reichsebene standen ihm mit Reichsminister Matthias Erzberger und Reichskanzler Joseph Wirth zwei bedeutende Protagonisten entgegen, die das Zentrum dauerhaft im linken Spektrum des Weimarer Parteiensystems verankern wollten.⁸⁰ Dass es durchaus ein Bedrohungspotenzial von christgewerkschaftlichem Engagement links des Zentrums gab, bewies das gegen die örtliche Zentrumsparlei gerichtete Listen-Bündnis von Christlichen Gewerkschaften und Sozialdemokraten bei den Stadtratswahlen in der Kreisstadt Mayen im Herbst 1919, das dem Generalsekretär der Rheinischen Zentrumsparlei, Joseph Jörg, eine Meldung an Trimborn wert war.⁸¹

Der christliche Gewerkschaftsführer und Zentrumsolitiker Adam Stegerwald sorgte im Herbst 1920 mit seinem Ansinnen einer grundlegenden Neuordnung der deutschen Parteienlandschaft für Furore und wochenlang anhaltende

77 Vgl. Kuhl, Trimborn (wie Anm. 17), S. 227f.

78 Vgl. ebd., S. 228f.

79 Ebd., S. 276.

80 Vgl. ebd.

81 Vgl. ebd., S. 233.

mediale Aufmerksamkeit.⁸² Unter Rückgriff auf bereits 1918 ventilerte Überlegungen skizzierte er Pläne zur Gründung einer überkonfessionellen Partei, die sämtliche national, christlich und demokratisch ausgerichteten Kreise gegen die Parteien der sozialistischen Linken hätte vereinen sollen.⁸³ Im Oktober 1920 breitete Stegerwald seine Gedanken vor der Reichstagsfraktion des Zentrums aus und forderte die Schaffung einer überkonfessionellen, auch Wähler der DVP und DNVP ansprechenden „Wiederaufbaupartei (Mittelpartei)“⁸⁴ – und griff somit in gewisser Weise der nach 1945 erfolgten Gründung der Christdemokratischen Union vor. Als Mittel- und Kristallisationspunkt der Unionsbestrebungen hatte Stegerwald die Zentrumspartei vorgesehen. Am 21. November 1920 forderte er auf dem Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Essen erneut die „Zusammenfassung der vaterländischen, christlichen, volkstümlich und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten [...] in einer großen gemäßigten Partei“⁸⁵.

Obgleich Trimborn einerseits honorierte, dass Stegerwald mit seinen Plänen auf eine Verbreiterung der Mitglieder- und Wählerbasis abzielte, fürchtete er auf der anderen Seite die Bildung einer reinen Arbeiterpartei und eine nachlassende Bindungskraft der neuen, interkonfessionellen Partei gegenüber den bisherigen Stammwählern, den kirchennahen Katholiken.⁸⁶ Folglich konterte er Stegerwalds Einlassungen im Rahmen einer Ansprache bei den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der Zentrumspartei in Münster am 5. Dezember 1920 und erteilte Plänen zur Auflösung der Zentrumspartei „unter dem stürmischen Beifall der Versammlung“⁸⁷ eine klare Absage:

„Wir wollen bleiben, was wir waren, eine alle Klassen umfassende christlich-nationale Volkspartei. [...] Wir denken natürlich nicht im Entferntesten daran, unser Jubiläum durch einen Selbstmord zu feiern“⁸⁸

Zumindest vorübergehend ließ sich Stegerwald ausbremsen und unterzeichnete, da sein Appell nicht den gewünschten Widerhall fand, am 27. Dezember 1920 einen Aufruf der Christlichen Gewerkschaften, der sich zu „unserer Zentrumspar-

82 Vgl. ebd., S. 264.

83 Vgl. ebd., S. 258f.

84 Vgl. ebd., S. 259.

85 Zit. nach ebd., S. 260.

86 Vgl. ebd., S. 259.

87 Ebd., S. 261.

88 Zit. nach ebd., S. 260f.

tei“ bekannte und ganz allgemein eine grundlegende Reform des politischen Parteiengefüges forderte.⁸⁹

Matthias Erzberger bereitete Trimborn mehr Kopfzerbrechen. Trimborn bemühte sich um einen freiwilligen Rückzug Erzbergers aus der Politik. Nachdem er dies in der Reichsausschusssitzung seiner Partei am 29. Juni 1921 nicht erreichen konnte, schrieb er mit Datum vom 2. Juli 1921 an seine Tochter Clary:

„Die Erzberger-Versammlung [...] war sehr unerbaulich. Mit dem Ausgang bin ich wenig zufrieden. [...] Aber es war nichts Anderes möglich. Die Partei wäre sonst sofort in zwei Hälften zerfallen.“⁹⁰

Im Jahr 1921 blieb der Interessensausgleich „der verschiedenen ökonomischen Gruppen innerhalb der Anhängerschaft die größte Herausforderung“⁹¹ für die Zentrumspartei unter ihrem Vorsitzenden Trimborn. Und auch dessen Nachfolger Wilhelm Marx hatte in den Folgejahren immer wieder mit christlichen Partei Gründungen von links zu kämpfen. Diese vermochten zwar nie den Lebensnerv der Rheinischen Zentrumspartei zu durchtrennen, konnten jedoch gelegentlich schmerzliche Stimmverluste herbeiführen, wie dies partiell der 1922 gegründeten, sich auf die Ideen Stegerwalds berufenden interkonfessionellen Christlich-Sozialen Volksgemeinschaft (CSVG) gelang.⁹² So erreichte diese Partei bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 insgesamt weit über 124.000 Stimmen, davon allein in Essen über 6.700, was dort einem Stimmenanteil von 3,2 Prozent entsprach. Dem Zentrum bescherte das Wahlergebnis den Verlust zweier Reichstagsmandate. Bei den am selben Tage abgehaltenen Kommunalwahlen brachte die CSVG immerhin zwei Abgeordnete in die Essener Stadtverordnetenversammlung. Gerade die Führungsebene der Rheinischen Zentrumspartei ließ sich von den letztlich Randerscheinungen gebliebenen Phänomenen am linken Parteirand nachhaltiger beeindrucken, als dies realistischerweise angemessen gewesen wäre.⁹³

89 Vgl. ebd., S. 261.

90 Zit. nach ebd., S. 264.

91 Ebd., S. 265.

92 Vgl. hierzu und im Folgenden Claus Haffert, Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in der Weimarer Republik, Essen 1994, S. 219f.

93 Vgl. ebd., S. 218.

6. Die Rheinische Zentrumspartei und das Ende der Republik

Die Deutsche Zentrumspartei geriet seit 1928 zunehmend in eine „Identitätskrise“;⁹⁴ erodierte innerlich und inhaltlich mehr und mehr und verlor, allen Bemühungen zum Trotz, stetig an Rückhalt beim Wahlvolk. Zuletzt flüchtete sich die Gesamtpartei in das Führer-Prinzip,⁹⁵ wählte den Trierer Prälaten Ludwig Kaas zu ihrem Vorsitzenden – das Publikationsorgan der Rheinischen Zentrumspartei, das „Rheinische Zentrum“, sprach von „Führer“⁹⁶ – und verharrte in einer „Agonie“;⁹⁷ die den seit einiger Zeit vonstattengehenden, schleichenden Niedergang der Partei nun augenscheinlich werden ließ. Herbert Lepper spricht in diesem Zusammenhang von der

„politischen und moralischen Kapitulation einer Partei, die einst unter der Devise ‚Für Wahrheit, Recht und Freiheit‘ ihren Weg angetreten hatte und welche die ihr in ihrer Geschichte zugewachsene Legitimation, als ‚Partei der Katholiken‘ zu gelten, mehr und mehr verloren hatte“.⁹⁸

Am 23. März 1933 stimmte die Partei – auch ihre rheinischen Abgeordneten – dem Ermächtigungsgesetz zu, am 5. Juli 1933 löste sich die Deutsche Zentrumspartei per Beschluss ihres Vorstands auf.⁹⁹ Der Rheinischen Zentrumspartei ging es keineswegs besser, Parteibasis und Wählerklientel waren regelrecht gekennzeichnet von „innerer Zerrissenheit“.¹⁰⁰ Bezeichnend ist beispielsweise die Tatsache, dass die Rheinische Zentrumspartei, zerrüttet vom internen Kampf um Standesinteressen, seit den Reichstags- und Preußischen Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 auf die Publikation eigener „Wahlaufrufe“ verzichtete. Auch der Vorsitzende der Rheinischen Zentrumspartei, Hugo Mönnig, war wie der gesamte, ehemals so einflussreiche rheinische Provinzialverband zum Zuschauen verurteilt, wenn es um die Gestaltung der Politik auf Landes- und Reichsebene ging. In dieses Vakuum stieß nun die Zentrums Presse vor, die noch am ehesten die Aufgaben wahrnahm, die eigentlich der Rheinischen Zentrumspartei oblagen – namentlich die „Kölnische Volkszeitung“, die „Deutsche Reichszeitung“ in Bonn, das „Echo der Gegenwart“ in Aachen, die „Essener Volkszeitung“, das „Düsseldorfer Tageblatt“, die

94 Lepper, Einleitung (wie Anm. 21), S. 97.

95 Vgl. ebd., S. 98.

96 Vgl. ebd., S. 88.

97 Ebd., S. 100.

98 Ebd., S. 99.

99 Vgl. ebd.

100 Ebd., S. 100.

„Trierische Landeszeitung“ sowie die „Koblenzer Volkszeitung“. Hinzu kamen die in Mönchengladbach erscheinende „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ sowie das in Krefeld verlegte „Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“.¹⁰¹ Die Monatszeitschrift „Rheinisches Zentrum“ musste hingegen im Frühsommer 1930 ihr Erscheinen aus finanziellen Gründen einstellen.¹⁰²

Die Verbandsleitung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, die zwischen 1918 und 1933 in ständiger Konkurrenz, ja in Gegnerschaft zu den christlichen Gewerkschaften unter Adam Stegerwald standen,¹⁰³ hatte sich bereits im Mai 1919 beim Vorstand der Rheinischen Zentrumsparterie darüber beschwert, dass

„während der jüngsten Vorgänge unseres parteipolitischen Lebens [...] die Organisation der Arbeitervereine als solche von den maßgebenden Instanzen der Zentrumsparterie, z. B. dem Provinzialausschuß, dem Beirat des Provinzialausschusses nicht genügend beachtet worden ist“.¹⁰⁴

In dieses Bild der parteiinternen Verteilungskämpfe um Einfluss- und Partizipationsmöglichkeiten passt es nur allzu gut, dass Franz Rupp, Pfarrer in Irsel bei Trier, im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 17. November 1929 die Aufstellung von „Standeslisten“ statt der üblichen „Parteilisten“ forderte.¹⁰⁵ Während sich die Rheinische Zentrumsparterie diesem Ansinnen noch erfolgreich widersetzen konnte – den am 6. April 1930 vom Reichsparteiausschuss verabschiedeten „Richtlinien für die Standesbeiräte innerhalb der Deutschen Zentrumsparterie“, die für alle Ebenen der Partei Geltung beanspruchten,¹⁰⁶ musste sie sich fügen. Das Rheinische Zentrum war von einer „Mitglieder“- zu einer „Ständepartie“ geworden.¹⁰⁷ Mit dem „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 fiel der Vorhang für die Rheinische Zentrumsparterie bereits früher als für das Reichszentrum, bedeutete jener doch de facto das Ende des demokratischen preußischen Staates und seiner Provinzen.

101 Vgl. ebd., S. 97f.

102 Vgl. ebd., S. 90.

103 Vgl. Haffert, Die katholischen Arbeitervereine (wie Anm. 92), S. 155.

104 Zit. nach ebd., S. 157.

105 Vgl. Lepper, Einleitung (wie Anm. 21), S. 93.

106 Vgl. ebd., S. 92.

107 So ebd., S. 96.

7. Fazit

Gleich zu Beginn der Weimarer Republik geriet die Rheinische Zentrumspartei in schwieriges und unruhiges Fahrwasser: Trotz verschiedener Modernisierungsversuche bildeten sich Organisationsstrukturen aus, welche die Partei eher hemmten als beflügelten, zu dominant blieben die verschiedenen Standesinteressen und der Charakter einer Honoratiorenpartei. Während vor allen Dingen an der Basis und auf mittlerer Führungs- beziehungsweise Funktionäresebene viele Mitglieder Gedanken zur Loslösung westdeutschen Territoriums vom preußischen Staat auch dann noch ventilierten, als dies allzu schnell mit dem Verdikt des Hochverrats und des „Sonderbündlertums“ belegt werden konnte, sah sich das Zentrum seitens der politischen Gegner von rechts bis links aus genau diesem Grunde dem Vorwurf des Hoch- und Landesverrats ausgesetzt. Carl Trimborn und Bertram Kastert sind nur zwei – damals prominente – Namen, die stellvertretend für eine ganze Reihe von Rheinstaatbefürwortern in der Rheinischen Zentrumspartei stehen, die jedoch unterschiedlich weit zu gehen bereit waren, um dieses Ziel zu erreichen. Während man nach 1918 eigentlich eine Bewegung „Heraus aus dem Zentrums-Turm“ hätte erwarten können – die undankbare Rolle als Parias, als Reichsfeind oder aber auch als geduldeter Mehrheitsbeschaffer des Hohenzollern-Kaiser- und Königreichs schien ausgespielt –, sah man sich von Beginn an Verdächtigungen, ja Unterstellungen und Anfeindungen ausgesetzt, derer man sich, aus einer passiven Stellung heraus, zu erwehren hatte.

Drohte angesichts des regelrechten Spagats zwischen sozialpolitisch linkem Gewerkschaftsflügel und mehr und mehr erstarkendem rechtem Parteiflügel über lange Zeit eine Spaltung der Partei, manifestierte sich eine solche in Gestalt der den Rheinstaataktivisten nahestehenden CVP, die insbesondere bei den Reichstagswahlen 1920 zu regional massiven Stimmenverlusten der Rheinischen Zentrumspartei beitrug. Ungeachtet der Tatsache, dass die beiden einzigen bei den Märzahlen 1933 nicht von der NSDAP gewonnenen Wahlkreise in der Rheinprovinz lagen, schwand die Zustimmung der Wählerschaft zur Zentrumspartei auch im Rheinland zunehmend dahin.

So verwundert es letztlich nicht, dass auch das Rheinische Zentrum, das sicher nicht zu den „nationalsten“ Regionalgliederungen der Partei gehörte, dem allgemeinen Rechtstrend der Partei seit Ende der 1920er Jahre kaum etwas entgegenzusetzen hatte, sondern mit dem Trierer Prälaten Kaas vielmehr einen Exponenten des rechten Parteiflügels als Kandidaten stellte, der sich 1928 an die Spitze der Gesamtpartei setzen sollte. Statt also den befreienden Schritt „aus dem Turm“ zu wagen, fand man sich vielleicht nicht zwischen allen, so aber doch zumindest zwischen vielen Stühlen wieder. So gleicht der Appell der „Kölnischen Volkszei-

tung“ vom 23. April 1932 in ihrem Aufruf zur am Folgetag stattfindenden Preußenwahl einem Menetekel:

„Der Endkampf hat begonnen! [...] Es geht um mehr als Länderparlamente! [...] Ihr müßt entscheiden, ob die Radikalen die deutsche Politik zerfetzen sollen. [...] Eine starke Mitte ist die Rettung unserer Zukunft“.¹⁰⁸

Diese Rettung, sie blieb aus.

108 Zit. nach Lepper, Volk (wie Anm. 21), Dok. Nr. 168, S. 507–509.